

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/03/2004

Gremium: Sozialausschuss

Tag: Donnerstag, 17.06.2004

Ort: Wehringhauser Str. 38, Villa Post

Beginn: 16:00 Uhr

Anwesende:

a) Mitglieder des Rates:

Frau Oestereich, Annegret

Frau Bada-Huschka, Genevieve

Frau Dannert, Ulrike

Frau Huvers, Rita

Frau Kingreen, Hildegund

Frau Kurte, Hildegard

Frau Kuschel-Eisermann, Karin

Frau Schleidgen, Ilsetraut

Herr Dücker, Viktor

Herr Röspel, Wolfgang

Herr Schellhorn, Heinz

Herr Söhnchen, Sven

b) Ausschussmitglieder:

Herr Kohaupt, Dieter

Herr Meier, Jörg

Herr Stacheter, Thomas

d) Sachkundige Einwohner:

Herr Denecke, Friedrich

Herr Ensberg, Erich

Herr Haensel, Thomas

Herr Puder, Hubert

e) Gäste:

Herr Osthoff, Geschäftsführung Werkhof gem. GmbH

Herr Wende, Stellv. Leiter des Modellprojektes Sozialagentur

f) Verwaltung:

Herr Dr. Schmidt, Dezernat für Umwelt, Gesundheit, Jugend,
Soziales und Verbraucherschutz

Herr Steuber, Fachbereich Jugend und Soziales

Herr Dr. Brauers, Fachbereich Jugend und Soziales

Frau Kreiß, Fachbereich Jugend und Soziales

Herr Gierke, Fachbereich Jugend und Soziales

Frau Küper, Fachbereich Jugend und Soziales

Frau Versteeg-Schulte, Fachbereich Jugend und Soziales

Herr Fröhning, Fachbereich Jugend und Soziales

Herr Dr. Bent, Gesundheitsamt

Herr Strate, Gesundheitsamt

Herr Hoffmann, Amt für Immobilien und Beteiligungen

g) Schriftführung:

Herr Meisborn

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände u. a.
hier: Jahresberichte 2003
Vorlage: 0345/2004
3. Geschäftsbericht 2003 für den Fachbereich Jugend & Soziales
Vorlage: 0348/2004
4. Projekt 'Stadtsauberkeit'
Vorlage: 0370/2004
5. Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe
Zwischenbericht und Entscheidungsvorlage zur Umsetzung in Hagen
Vorlage: 0415/2004
6. Abschlussbericht Sozialagentur Hagen
Vorlage: 0437/2004
7. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit
hier: Fortfall einer halben Zahnarztstelle und einer halben Zahnarzthelferinnenstelle, 53-M01
Vorlage: 0441/2004
8. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit
hier: Pharmazeutisch-Technische Lehranstalt (PTLA)
Erhöhung der Teilnehmerbeiträge und Entscheidung über die Konsolidierungsmaßnahme Streichung des Zuschusses PTLA, 53-M03
Vorlage: 0446/2004

9. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit
hier: Optimierung Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, 53-M04
Vorlage: 0449/2004
10. Bildung eines neuen Ausländerbeirates für die nächste Legislaturperiode
Vorlage: 0219/2004
11. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen

hier: 55-M 16; Zusammenlegung Wohn- und Pflegeberatung
Vorlage: 0335/2004
12. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:0012 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Frau Oestereich um Zustimmung, die Vorlage „0474/2004 – Gründung einer Gesellschaft zur Ergänzung der Werkhof gem. GmbH“ in die Tagesordnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

1. Mitteilungen

Herr Haensel berichtet, dass der Verein „Frauen helfen Frauen e. V.“ für ihren Arbeitsbereich „Opfer von Menschenhandel“ einen Partner zur Zusammenarbeit bzw. zur Übernahme dieses Arbeitsbereiches suche. Dabei wurde u.a. auch das Diakonische Werk angesprochen, welches aufgrund der Tätigkeit in der Migrationsarbeit Erfahrung in diesem Bereich habe. Das Diakonische Werk hat die Gespräche aufgenommen. Herr Haensel stellt allerdings klar, dass eine Übernahme nur möglich sei, wenn das Diakonische Werk keine Eigenmittel aufzuwenden brauche.

Frau Oestereich dankt und wertet diese Ausführung als erste Information.

Herr Dr. Schmidt erläutert die momentane Finanzierung und kündigt weitere Informationen für die erste Sitzung nach der Kommunalwahl an.

**2. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände u. a.
hier: Jahresberichte 2003
Vorlage: 0345/2004**

Frau Oestereich geht davon aus, dass alle Mitglieder des Sozialausschusses die Berichte gelesen und damit zur Kenntnis genommen haben. Die Berichte werden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung noch von großem Nutzen sein.

Beschluss:

Die Vorlage der Verwaltung wird ebenso wie die vorgelegten Berichte der Wohlfahrtsverbände zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	- einstimmig -

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

**3. Geschäftsbericht 2003 für den Fachbereich Jugend & Soziales
Vorlage: 0348/2004**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Nach der Einleitung von Frau Oestereich erteilt sie Herrn Steuber das Wort, der die besonderen Projekte noch einmal aufgreift. Danach ruft Frau Oestereich den Bericht kapitelweise auf und bittet um Wortbeiträge.

Fragen von Herrn Kohaupt, Herrn Röspel und Herrn Meier werden von Herrn Steuber beantwortet.

Frau Oestereich weist noch einmal in besonderer Weise auf den letzten Punkt auf Seite 63 des Berichtes hin, wonach die Gespräche mit Vertretern der Wohnungswirtschaft unbedingt beibehalten werden müssen und somit weiter politisch Einfluss genommen werden kann.

Zu dem Kapitel „Wohnraumsicherung / Wohnraumversorgung in Notfällen“ macht Frau Oestereich darauf aufmerksam, dass auf Seite 73 unter Teilzielen u.a. die medizinische Versorgung aufgeführt sei und diese für die Zukunft als Ziel nicht aus dem Auge verloren werden solle.

Weiter Wortbeiträge und Fragen werden von Herrn Dücker, Frau Kingreen und Herrn Kohaupt gestellt, die von Herrn Gierke und Herrn Dr. Schmidt beantwortet werden.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2003 des Fachbereichs Jugend & Soziales zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	- einstimmig -

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

Herr Meier fragt im Anschluss an die Abstimmung, warum es keinen Geschäftsbericht für das Gesundheitsamt geben würde. Herr Dr. Bent erklärt, dass die dafür notwendigen Zahlen vorhanden seien, aber der Verwaltungsaufwand mit dem derzeitigen Personal nicht leistbar sei. Herr Dr. Schmidt sagt zu, dass er das Thema intern noch mal aufnehmen werde.

4. Projekt 'Stadtsauberkeit'
Vorlage: 0370/2004

Herr Schellhorn beantrag für die SPD-Fraktion, den Beschluss durch einen Absatz von Seite 9 des Diskussionspapiers des HEB zu ergänzen.

Weitere Wortbeiträge kommen von Herrn Röspel, Herrn Puder und Herrn Dr. Schmidt.

Beschluss:

Die Stadt Hagen beschließt die Fortsetzung des Projektes Stadtsauberkeit ab 01.09.2004 im Innenstadtbereich mit dem dargestellten Finanzierungsmodell 1, unter dem Vorbehalt, dass die weiteren Prüfungen des Modells 3 nicht zu einer kostengünstigeren Lösung führen.

Der Sozialausschuss empfiehlt folgende Ergänzung:

Die in dem Diskussionsvorschlag des HEB dargestellten weiteren Maßnahmen sollten sinnvollerweise in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zwischen Vertretern der Stadtverwaltung Hagen / der Agentur für Arbeit (ARGE), der Werkhof gGmbH und der HEB GmbH konkretisiert und weiter entwickelt werden.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

**5. Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe
Zwischenbericht und Entscheidungsvorlage zur Umsetzung in Hagen
Vorlage: 0415/2004**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Dr. Brauers gibt eine kurze Einführung zur Vorlage. Dabei geht Herr Dr. Brauers auf die Probleme ein, die insbesondere in der Gründung der Arbeitsgemeinschaft und der dafür zu wählenden Rechtsform liegen.

Frau Oestereich dankt dem Fachbereich Jugend und Soziales für die gute Vorarbeit. Herr Dr. Schmidt teilt mit, dass der Städtetag den Kommunen empfohlen habe, die Verhandlungen bzgl. einer Teilnahme in den Arbeitsgemeinschaften zu stoppen.

Herr Röspel erklärt für die CDU-Fraktion das grundsätzliche Einverständnis mit der von der Verwaltung erstellten Vorlage.

Herr Steuber weist auf die zu erwartenden Probleme bei der Umstellung durch Hartz IV hin. Insbesondere könnte die Umstellung erhebliche Veränderungen für die Regionalen Sozialen Dienste bedeuten. Weitere Probleme können aufgrund des engen zeitlichen Rahmens und der EDV-Umstellung auftreten.

Herr Schellhorn führt für die SPD-Fraktion aus, dass diese ebenfalls mit der Vorlage einverstanden sei. Allerdings bittet er mit Blick auf das für die geplante Arbeitsgemeinschaft erstellte Organigramm darauf zu achten, dass kein „Wasserkopf“ aufgebaut wird.

Herr Dücker dankt für die gute Vorlage und möchte wissen, ob es einen „Notfallplan“ für den 01.01.2005 geben werde, falls die Einführung nicht wie geplant funktioniere.

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass die Vorlage bereits einen Notfallplan enthalte. Des Weiteren äußert er sich zur Aussage bzgl. des „Wasserkopfes“.

Frau Kuschel-Eisermann verlässt die Sitzung um 17:30 Uhr.

Frau Oestereich stellt den Beschluss einschließlich der Beschlüsse der BV Nord und BV Hohenlimburg zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Zwischenbericht der Verwaltung zur Umsetzung der Neuregelungen des SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende - wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Rat der Stadt Hagen beschließt, mit der Agentur für Arbeit Hagen eine Arbeitsgemeinschaft nach § 44 b SGB II zur einheitlichen Wahrnehmung der Aufgaben zu bilden.
3. Der Rat der Stadt Hagen beauftragt die Verwaltung
 - mit der Agentur für Arbeit Hagen eine Kooperationsvereinbarung vorzubereiten,
 - die personalwirtschaftlichen, organisatorischen, haushaltswirtschaftlichen, betriebswirtschaftlichen und DV-technischen Fragen rechtzeitig und abschließend

zu klären und

- die für die Arbeitsgemeinschaft und die Stadt Hagen optimale Rechtsform zu ermitteln.

Dem Rat ist rechtzeitig eine entsprechende Beschlussvorlage vorzulegen.

4. Der Rat der Stadt Hagen beschließt, dass sich die Stadt Hagen an der Erledigung von Aufgaben nach dem SGB II außerhalb ihrer Trägerschaft nur unter dem Vorbehalt einer vollständigen Refinanzierung der Personal- und Verwaltungskosten sowie der Transferleistungen durch den Bund beteiligt.

Plus ergänzende Beschlüsse der Bezirksvertretungen:

5. Der Rat der Stadt Hagen beauftragt die Verwaltung sich in den Kooperationsgesprächen mit der Bundesagentur für Arbeit dafür einzusetzen, dass der Fortbestand der bewährten kommunalen Infrastruktur an Qualifizierungs- und Beschäftigungsangeboten für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger sichergestellt wird. Hier ist darauf hinzuwirken, dass Maßnahmeträger, wie z.B. Caritas, Diakonisches Werk, Werkhof, Pro Integration und andere auch die notwendige Planungssicherheit für die Fortführung ihrer Arbeit bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen von Hartz IV erhalten.
6. Der Rat der Stadt Hagen beauftragt die Verwaltung, bei den organisatorischen Planungen darauf hinzuwirken, dass basierend auf den sehr guten Erfahrungen mit der Sozialagentur Hohenlimburg auch zukünftig im Rathaus Hohenlimburg ein vollwertiges Leistungszentrum vorgehalten wird.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

6. Abschlussbericht Sozialagentur Hagen Vorlage: 0437/2004

Herr Fröhning teilt mit, dass für die Mitglieder des Ausschusses noch weitere Unterlagen über die Sozialagentur bereit liegen. Herr Wende als stellv. Leiter des Modellprojektes Sozialagentur wäre anwesend, um weitere Fragen beantworten zu können. Frau Oestereich verweist auf die fortgeschrittene Zeit und dankt für die hervorragende Arbeit, die in dem Modellprojekt Sozialagentur beispielhaft geleistet wurde.

Herr Kohaupt schlägt vor, das Hohenlimburger Konzept bis zum 31.12.2004 fortzusetzen. Dieser Vorschlag findet sich als Ergänzung im Beschluss wieder.

Beschluss:

Der Abschlussbericht der Sozialagentur Hagen wird zur Kenntnis genommen.

Der Sozialausschuss empfiehlt das Hohenlimburger Konzept der Sozialagentur bis zum 31.12.2004 fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	- einstimmig -

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

7. **Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit**
hier: Fortfall einer halben Zahnarztstelle und einer halben Zahnarzthelferinnenstelle, 53-M01
Vorlage: 0441/2004

Zu diesem TOP werden keine Fragen gestellt, so dass Frau Oestereich den Beschlussvorschlag direkt zur Abstimmung stellen kann.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Hagen nimmt den beabsichtigten Fortfall einer halben Zahnarztstelle (53 Nr. 11, 50 %) und einer halben Zahnarzthelferinnenstelle (53 Nr. 12, 50 %) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	- einstimmig -

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

8. **Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit**
hier: Pharmazeutisch-Technische Lehranstalt (PTLA)
Erhöhung der Teilnehmerbeiträge und Entscheidung über die Konsolidierungsmaßnahme Streichung des Zuschusses PTLA, 53-M03
Vorlage: 0446/2004

Zu diesem TOP gibt es keine Wortbeiträge und Fragen. Frau Oestereich lässt direkt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Hagen beschließt, dass der Teilnehmerbeitrag für die Lehrgangsteilnehmer/-innen der Pharmazeutisch-Technischen Lehranstalt der Stadt Hagen mit Beginn des neuen Lehrgangs (August 2004) von monatlich 150,00 Euro auf 200,00 Euro erhöht wird.

Durch diese Erhöhung des Teilnehmerbeitrages wird die Schließung der PTLA als Maßnahme der Haushaltskonsolidierung nicht weiter verfolgt.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

9. **Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit**
hier: Optimierung Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, 53-M04
Vorlage: 0449/2004

Frau Kingreen möchte wissen, was für Aufgaben durch die Stellenstreichungen wegfallen würden.

Herr Dr. Bent erläutert, dass keine Aufgaben wegfallen, sondern die Stellenstreichungen durch Synergieeffekte aufzufangen seien.

Anschließend lässt Frau Oestereich über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Hagen nimmt vom beabsichtigten Fortfall von zwei halben Stellen für sozialmedizinische Assistentinnen (53 Nr. 44, 50 % und 53 Nr. 46, 50 %) Kenntnis. Dieser Stellenfortfall wird in den nächsten Stellenplan eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	- einstimmig -

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

**10. Bildung eines neuen Ausländerbeirates für die nächste Legislaturperiode
Vorlage: 0219/2004****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Kingreen erklärt, dass an Demokratie nicht gespart werden solle. Aus diesem Grund sei sie für eine Aufstockung von 10 auf 14 Migranten als Mitglieder des Integrationsrates. Des Weiteren beantragt sie, dass den Migranten die Möglichkeit eröffnet wird, nicht nur an einem Tag ihre Stimme persönlich bei den Bürgerämtern abgeben zu können.

Herr Dücker schließt sich den Ausführungen von Frau Kingreen an. Allerdings ist er der Ansicht, dass die vorgeschlagenen „Briefdirektwahl“ kostenneutral sein soll.

Herr Röspel bringt für die CDU-Fraktion zum Ausdruck, dass die vorgeschlagene Erhöhung von 10 auf 14 Migranten als Mitglieder in Ordnung sei. Er betont, dass die Wahl kostenneutral bleiben müsse.

Herr Schellhorn stimmt im Namen der SPD-Fraktion dem Vorschlag von Frau Kingreen zu.

Frau Kingreen beantragt zusätzlich, dass die Verwaltung die nötigen Informationen zu dieser Wahlmöglichkeit bis zum HFA zur Verfügung stellen solle.

Frau Oestereich stellt den entsprechend geänderten und ergänzten Beschluss zur Abstimmung (Änderung in fett).

Beschluss:

1. An Stelle des bisherigen Ausländerbeirates soll künftig ein „Integrationsrat“ gebildet werden.

Ihm sollen **14** Migranten und je 1 Mitglied der im Rat vertretenen Fraktionen angehören.

In Abwandlung des Vorschlages des Ausländerbeirates (*siehe Anlage 3!*) ist sicherzustellen,
dass alle grundsätzlichen finanz- und personalwirtschaftlichen Regelungen der Stadt Hagen berücksichtigt werden.

In personellen Fragen soll der „Integrationsrat“ vor einer Besetzung der Geschäftsführerstelle gehört werden. Eine darüber hinausgehende Einflussnahme auf Personalentscheidungen bleibt ausgeschlossen.

Aus Kostengründen bleibt eine Briefwahl zunächst ausgeschlossen.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, auf dieser Basis für das in der Vorlage dargestellte Modell „Integrationsrat“ die Zulassung gem. §126, Abs.1 GO beim Innenministerium zu beantragen.

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Vorarbeiten für einen Integrationsrat zeitgerecht einzuleiten.

4. Nach grundsätzlicher Genehmigung durch das Innenministerium ist dem Rat ein Satzungsentwurf für den Integrationsrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Zusätzlich empfiehlt der Sozialausschuss, dass im HFA und RAT über die Möglichkeit der kostenneutralen Briefdirektwahl beraten und entschieden wird.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

11. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen

hier: 55-M 16; Zusammenlegung Wohn- und Pflegeberatung
Vorlage: 0335/2004

Zu diesem TOP werden keine Fragen gestellt, so dass der Beschlussvorschlag von Frau Oestereich direkt zur Abstimmung gestellt wird.

Beschluss:

Durch Zusammenlegung der Pflege- und Wohnberatung wird eine 0,5 Stelle, Verg.-Gruppe VII/VIb BAT, eingespart.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

12. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

Keine

Ende des öffentlichen Teiles: 17:56 Uhr

gez. Oestereich _____

Vorsitzende

gez. Meisborn _____

Schriftführer